

An die
Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh
Frau Maria Unger
Rathaus
Berliner Str. 70
33330 Gütersloh

Sehr geehrte Frau Unger,

die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN stellt für die Ratssitzung am 28.05.2010 folgenden Antrag:

"Aktiv gegen ausbeuterische Kinderarbeit!"

Der Rat der Stadt Gütersloh beschließt:

1. In allen städtischen Gebäuden und Beteiligungen (Rathaus, Krankenhäuser, Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder, Stadtbibliothek, Stadtwerke, Theater, Stadthalle usw.) muss bei Getränken und Lebensmitteln zukünftig ausgeschlossen sein, dass diese aus Kinderarbeit stammen.
Dies gilt z.B. auch für Blumen, die bei von der Stadt Gütersloh durchgeführten Ehrungen etc. überreicht werden.
2. Bei in Deutschland produzierten Lebensmitteln und Getränken sollen künftig auch ökologische Kriterien berücksichtigt werden.
3. Die Stadt soll die durchgeführten Änderungen öffentlichkeitswirksam verbreiten und so auch an die Bürgerinnen und Bürger appellieren, ihr Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen.

Begründung:

Laut Kinderhilfswerk UNICEF sind weltweit derzeit rund 158 Mio. Kinder zur Kinderarbeit gezwungen. Kinderarbeit gibt es in nahezu allen Wirtschaftssektoren. Der Großteil entfällt mit knapp 70 % (laut „Terre des hommes“) auf den landwirtschaftlichen Sektor, also z.B. auf Kakao-, Kaffee- oder Obstplantagen. Dort müssen Kinder täglich bis zu 14 Stunden Schwerstarbeit leisten. Besonders gravierend ist auch die Verhinderung des Schulbesuches durch Kinderarbeit. Ohne Bildung und Perspektive wird der Teufelskreis der Armut nicht durchbrochen werden können.

Neben den Kindern leiden aber natürlich auch viele erwachsene Arbeiterinnen und Arbeiter unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen.

Durch u.a. folgende Siegel kann ausbeuterische Kinderarbeit ausgeschlossen werden:

- Fair-Trade-Siegel
- Banafair-Siegel
- Fair Fleurs-Siegel
- FLP-Siegel
- Hand-in-Hand-Siegel
- Naturland-Siegel
- SA 8000-Siegel

2002 hat Deutschland die Konvention gegen Kinderarbeit der International Labour Organization (ILO) ratifiziert. Um diesem Beschluss gerecht zu werden, muss es auf allen Ebenen zu einem Umdenken kommen. Die Kommune als öffentliche Instanz kann und muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, ein Zeichen setzen und so einen kleinen aber wichtigen Beitrag leisten.

Die oben genannten Siegel garantieren den Arbeiterinnen und Arbeitern unter anderem einen fairen und stabilen Grundlohn, der sie von den Schwankungen der Weltmarktpreise unabhängig macht. Von diesem Lohn können sie nicht nur ihre Familien ernähren, sondern darüber hinaus auch das Schulgeld für ihr Kinder bezahlen. Zudem werden durch einen Teil des Erlöses des Kaufs der zertifizierten Produkte, verschiedene Projekte in Entwicklungsländern unterstützt. Regelmäßige Kontrollen überprüfen, ob die strengen Auflagen eingehalten werden.

Bei in Deutschland hergestellten Produkten werden künftig auch ökologische Aspekte berücksichtigt. Wo immer möglich sollten Produkte das Bio-Siegel nach EG-Öko-Verordnung tragen, wobei der finanzielle Spielraum hierbei jedoch nicht überschritten werden darf.

Eine Alternative zu den meist teureren Bio-Produkten ist der Erwerb regionaler Erzeugnisse. Es ist nicht nachvollziehbar, warum einige Produkte erst durch die halbe Bundesrepublik gefahren werden müssen, bevor sie im Gütersloher Rathaus konsumiert werden. Meist gibt es Alternativen aus der Region. Dieser Wechsel schont die Umwelt, fördert unsere regionale Wirtschaft und schließt Kinderarbeit ebenso aus.

Mit freundlichen Grüßen,

J. Allwartz

Marco Montanelli